

zum alten Zustande zurückzukehren, wurde von dem Hause als eine Verhöhnung mit Entrüstung abgewiesen. So wenig die ultramontanen Wühlereien im preussischen Abgeordnetenhaus mehr als eine beachtenswerthe Minorität zu erzielen vermochten, so wenig waren die Anstrengungen bei den am 10. Januar 1874 vorgenommenen Reichstagswahlen im Stande, den bisherigen Charakter der Versammlung wesentlich zu ändern, wenn gleich, in Folge der Spaltungen im Heerlager der Gegner, auch hier die Partei des Centrums sich einer namhaften Verstärkung zu erfreuen hatte. Daß sie aber trotz aller Anstrengungen und trotz der Verstärkung, die ihr die Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen, die Socialdemokraten, die Polen, Welfen und Particularisten, die ganze reichsfeindliche Genossenschaft zuführten, noch weitaus in der Minderheit blieb; daß die gemäßigt conservativen und liberalen Mitglieder, auf welche sich die Regierung stützte, in allen entscheidenden Fragen den Ausschlag gaben, konnte als Beweis gelten, daß die Bismarck'sche Politik sowohl in Preußen als in den übrigen deutschen Staaten nach dem Sinne der Nation war, die öffentliche Meinung zur Unterlage hatte. Denn nicht bloß in Baden, in Hessen, in Württemberg war die nationale Idee im Fortschreiten, hatte der Particularismus, der in Darmstadt und Stuttgart lange in den Hofkreisen begünstigt worden war, an Boden verloren und seinen hohen Schutz eingebüßt; auch in Sachsen, wo nach dem Tode des bejahrten Königs Johann der Kronprinz Albert, der bei St. Privat-Gravelotte und Sedan unter preussischer Heerführung gekämpft hatte, den Thron bestieg, standen die Volksvertretung und auch mit einiger Zurückhaltung die Regierung zum Reiche und schützten die liberalen Ideen gegen die von manchen Seiten drohenden Anfechtungen. Selbst in Baiern, das die Ultramontanen gerne als ihre eigentliche Domäne, als das Schlachtfeld ihrer künftigen Siege ansehen, hielt die Regierung tapfer die Reichsfahne hoch, wahrte die Rechte des Staats auf dem Gebiete der Schule und des confessionellen Lebens mit Kraft und Erfolg, und suchte im Sinne des Königs Ludwig die nationale Politik aufrecht zu halten gegen die stürmenden Anläufe der ultramontanen und particularistischen „Patrioten“ der altpaierischen Lande. Der unerwartete Studienausflug des jungen Monarchen nach Paris und Versailles im August des folgenden Jahres hatte eben so wenig politische Bedeutung, wie der im October erfolgte Uebertritt der Königin-Mutter, einer Tochter des preussischen Königshauses, zur katholischen Kirche. So sehen wir am Ende des Jahres in ganz Deutschland das Prinzip im Fortschreiten begriffen, daß die Kirche in Allem, was an ihr dieser Welt angehört, unter den Staat und die Staatsgesetze sich beuge. Ein Aufgeben dieses Prinzips würde Staat und Regierungen unter die Botmäßigkeit der Kirche und der Hierarchie liefern und eine theokratische Priesterherrschaft an Stelle des modernen Rechts- und Verfassungsstaates aufrichten.

Die päpstliche  
Encylica gegen die  
Mairgesehe vom  
Febr. 1875.

Der Papst trieb die Gegensätze zwischen Staat und Kirche auf die Spitze, als er in der merkwürdigen Encylica an die Erzbischöfe und Bischöfe in Preußen vom

Febr.  
diejen  
tion  
Pflich  
offe  
ung  
Denn  
in de  
darun  
bischö  
um d  
Bürg  
gelegt  
Gottl  
in Be  
sich in  
Canon  
ermah  
halten  
und  
berder  
lobt:  
dem  
zufüge  
mehr  
gierun  
sich un  
um so  
zial-G  
Regier  
evang  
gegeni  
stützen  
engher  
das M  
in der  
kirchlic  
Gerad  
zeichne  
nissen  
der G  
Geistes  
Sy d  
für die  
we